



Gewerkschaften gefährden die sichere Stromversorgung

45-Prozent-Regel

Kohlekraftwerke werden nicht mehr ordentlich gewartet und Mitarbeiter erleiden empfindliche Einbußen an ihren Zulagen. Grund ist die Energiewende mit dem Verkauf des teuren Ökostroms im Mittel zu einem Zehntel des Vergütungspreises, also zu Dumping-Preisen, an den Strombörsen. Da Kohlekraftwerke in diese niedrigen Preise einsteigen müssen, erzielen sie keine Gewinne mehr und müssen Produktionskosten einsparen. Stilllegungen von Dampfkraftwerken werden dadurch zunehmen, was eine sichere Stromversorgung gefährdet. Doch die Gewerkschaften stehen weiter hinter der unsinnigen Energiewende, statt ihre Mitglieder in den Kraftwerken zu unterstützen.

Die Fakten

Es leuchtet immer mehr denkenden Bürgern ein, dass mit dem wetterwendischen und teuren Ökostrom das Industrieland Deutschland nicht sicher und wirtschaftlich versorgt werden kann. Dazu bedarf es verlässlicher Dampfkraftwerke mit preiswerten heimischen Brennstoffen. Diese Forderung erfüllen nur noch Braunkohlekraftwerke, nachdem die Kernkraftwerke politisch erledigt wurden. Steinkohlekraftwerke mit importierter Kohle stehen preislich an zweiter Stelle, gefolgt von Gaskraftwerken, die vorwiegend mit importiertem Gas betrieben werden. Die Ökostromkosten liegen erheblich über den Erzeugungskosten der genannten konventionellen Kraftwerke.

Hilfe für die Kraftwerker, wie sie vorgesehen ist

Mitarbeiter in der Stromversorgung müssen jeden Tag des Jahres über 24 Stunden verlässlich für die Bereitstellung des Stromes sorgen. Dafür dürfen sie auch eine angemessene Entlohnung und Zulagen für Nacht- und Feiertagsarbeit erwarten. Doch diese Entlohnung soll nun zusammengestrichen werden. Dagegen wehren sich die Mitarbeiter zu Recht. Die Betriebsräte der Stromerzeuger haben sich zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen, die sich nach dem Ort ihrer ersten Zusammenkunft "Bremer Runde" nennt. Zusammen mit ver.di, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und der IG Bergbau, Chemie, Energie, in denen die meisten Mitarbeiter der Stromversorger organisiert sind, soll für eine sichere und preiswerte Stromversorgung in Deutschland und eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter gekämpft werden.

Hilfe für die Kraftwerker, wie sie nicht geschieht

Doch die Gewerkschaftsführungen treten für die "Energiewende" der Bundesregierung ein, obwohl sie genügend Fachleute in Ihren Reihen haben, die wissen und beweisen, dass die Energiewende ein totes Pferd ist, das man nicht mehr reiten sollte. Sie stehen dahinter, dass die verlässlichen und sicheren Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden, und fordern lediglich, die Mitarbeiter der Kraftwerke, die arbeitslos werden, finanziell gut abzusichern. Dabei übersehen sie, dass ihre gesamten Mitglieder, von denen die meisten nicht auf Rosen gebettet sind, zunehmend durch schnell weiter steigende Strompreise belastet werden, wenn die Wendepolitik fortgesetzt wird.

Deutsche Kraftwerke gehen in ausländische Hand

Die staatliche verursachte miserable Ertragslage der konventionellen Kraftwerke durch das Ökostrompreis-Dumping hat die großen Stromerzeuger E-ON und RWE veranlasst, die Stromerzeugung in separate Unternehmen auszugliedern, um dann diese Verlustbringer, die ausgerechnet die geringsten Stromerzeugungskosten haben, zu verkaufen. Das Ziel der Konzerne ist, erst die hohen Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) mit den eigenen Ökostromanlagen einzustreichen, um dann anschließend an der Börse den Strom zu den niedrigen Dumping-Preisen für ihre Kunden zurückzukaufen. Vattenfall hat bereits die gesamten Tagebaue und Braunkohle-Kraftwerke in Ost- und Mitteldeutschland an tschechische Unternehmen verkauft. Der Kraftwerkspark von E-ON wird zurzeit an finnische Unternehmen veräußert. RWE hinkt nach und gliedert erst jetzt die Kraftwerke aus dem Konzern aus.

Die abgeschalteten Braunkohlekraftwerke müssen durch Gaskraftwerke ersetzt werden, da auch dann Strom benötigt wird, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Hierfür wird vorwiegend russisches Gas verbrannt, weil in Deutschland Vorbehalte gegen die Gasgewinnung aus Schiefergestein (Fracking) bestehen. So werden große und planbare Bereiche der Stromerzeugung künftig durch das Ausland kontrolliert. Deutschland wird erpressbar. Die ausländischen Kraftwerkseigentümer können höhere Preise durchsetzen mit der Drohung, sonst Kraftwerke abzuschalten. Russland kann Forderungen Nachdruck verleihen mit der Drohung, die Gaslieferungen zu stoppen.

CO2-Abgabe treibt die Stromkosten höher und vernichtet Arbeitsplätze

Offensichtlich glauben viele Politiker, die Kohlenstoffdioxid-Emissionen eindämmen zu können, wenn sie auf CO2 in Verbrennungsgasen höhere Abgaben erheben. Das ist jedoch Unsinn. Seit vielen Jahren werden große Anstrengungen gemacht, Brennstoff einzusparen, denn Brennstoffe sind die Grundlage unseres Energiebedarfs. Sie sind ein wesentlicher Teil der Lebenshaltungskosten und in vielen Industriebetrieben sogar der teuerste Produktionsanteil. Das Einsparen hat dazu geführt, dass die Stahlindustrie zum Erzeugen einer Tonne Roheisen heute nur noch 350 kg Kohle braucht. Vor 50 Jahren wurden noch 1000 kg Kohle dafür benötigt. Der VW-Käfer (34 PS) verschlang 10 Liter Treibstoff auf 100 Kilometer bei einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer je Stunde. Bei der gleichen Fahrweise begnügt sich heute ein Polo mit 4 Litern.

In vielen Fällen hat die Brennstoffnutzung schon fast den physikalisch und chemisch möglichen Ausnutzungsgrad erreicht. Wesentliche Einsparungen sind nicht mehr zu erwarten, unabhängig davon, wie hoch man die CO2-Abgabe schraubt. Erreicht wird mit der CO2-Abgabe nur eins: Sie erhöht den Strompreis und vernichtet Arbeitsplätze als Folge steigender Energiekosten, die der ausländische Wettbewerber nicht hat. Ohne Industrie sinken dann zwar die anthropogenen CO2 -Emissionen, aber damit auch unser Lebensstandard. Ist das der geplante Weg? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Es gibt daher nur einen Weg: Schluss mit der Energiewende! Große Aufgaben und Kosten stehen trotzdem an, um bisherige Fehlentwicklungen in der Umwelt zu beseitigen. Je länger gewartet wird, umso teurer kommt allen die fehlgeleitete Energiepolitik zu stehen.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle
ImageBargainBlitz / Energy 1(9)

[2] <http://www.naeb.info/Dokumente/45-Prozent-Dampfkraftregel.pdf>

Die Energiewende ist eine Farce! AfD Tino Chrupalla
21. November 2017 | Aktuelle Stunde zu Arbeitsplatzverlusten bei Siemens auf Verlangen der Fraktion der SPD
Arbeitsplatzverlust bei Siemens vermeiden - Neue Perspektiven für Beschäftigte schaffen

<https://www.youtube.com/watch?v=wjZrzsJsrE>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

